

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Vortrag von Bundeskanzlerin Merkel zu wirtschaftspolitischen Fragen

Im Dezember 2008 konnte der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland als Referentin im Rahmen der ZEW-Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ in Mannheim begrüßen. Dr. Angela Merkel war eigens aus Berlin nach Mannheim gekommen. Sie sprach über aktuelle wirtschafts- und finanzpolitische Fragen. Mit ihrem Besuch würdigte die Bundeskanzlerin die Leistungen des ZEW auf wissenschaftlichem Gebiet und in der Politikberatung.



Als Franz gut ein Jahr zuvor die Kanzlerin für diesen Vortrag gewinnen konnte, ahnte niemand, wie sehr sich die Wirtschaftslage in Deutschland und weltweit verändern sollte und in welcher Zeit die Kanzlerin am ZEW sprechen würde. Wie groß das Bedürfnis indessen war, aus „erster Hand“ über die Krisenstrategie der Bundesregierung unterrichtet zu werden, angesichts einer fortgesetzten Finanzkrise und eines rasanten Konjunkturabschwungs, zeigte der überwältigende Zuspruch zu der Veranstaltung. 550 Gäste aus Unternehmen,

Politik, Verwaltung und Wissenschaft folgten der Einladung nach Mannheim. Auch die Erwartungshaltung der Medien an den Auftritt Merkels war hoch. Am Tag der Veranstaltung drängten sich über 40 Journalisten und Fotografen sowie sechs Fernsehteams am ZEW.

Der Wissenschaftsminister des Landes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Peter Frankenberg, begrüßte im Namen der Landesregierung die Bundeskanzlerin sehr herzlich. Er hob hervor, dass sie mit dem ZEW eine herausragende Forschungseinrichtung besuche, die gleichzeitig in der Metropolregion Rhein-

Neckar in ein hervorragendes wissenschaftliches Umfeld eingebettet sei.

In ihrer sich anschließenden Rede verteidigte die Kanzlerin nicht nur die von ihrer Regierung bis dato bereits gegen Finanzkrise und Rezession ergriffenen Maßnahmen, sondern kündigte ein weiteres umfangreiches Konjunkturpaket an, das die Regierung inzwischen auch offiziell beschlossen hat. Sie machte deutlich, dass es nicht ihre Absicht sei, konjunkturpolitische Strohfeuer zu entzünden. Vielmehr sollten die staatlichen Milliardenbeträge vor allem in den Infrastrukturbereich, in die Sanierung von Schulen und die energetische Gebäudesanierung investiert werden.

Als Dankeschön für ihren Besuch überreichte Franz der Kanzlerin ein Marzipanmodell des ZEW-Gebäudes – garantiert „schuldenfrei“ wie er in Anspielung auf die Finanzkrise betonte.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

IN DIESER AUSGABE

Vortrag von Bundeskanzlerin Merkel zu wirtschaftspolitischen Fragen	1
Familiäre Umstände bei der Geburt determinieren spätere Schulkarriere	2
Internationale Mobilität von Forschern ist für Heimat- und Gastland profitabel	3
Nachgefragt: Folgen der Finanzkrise für den deutschen Arbeitsmarkt	4
Klimaschutz gelingt nur gemeinsam mit den Entwicklungsländern	5
Konferenzen	6-8
ZEW intern	9-10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Familiäre Umstände bei der Geburt bestimmen den späteren Schulerfolg

Die sozialen und gesundheitlichen Bedingungen in der Familie, die zur Zeit der Geburt eines Kindes vorherrschen, bestimmen wesentlich den späteren Schulerfolg des Kindes. So besuchen 74 Prozent der Kinder, die ohne organische und psychosoziale Risiken bei der Geburt und im Vorschulalter aufwachsen, ein Gymnasium. Dies trifft aber nur für 15 Prozent der Kinder zu, die mit diesen beiden Risiken groß werden. Das haben Bildungsforscher des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern des Zentralinstituts für seelische Gesundheit (ZI) herausgefunden.

Einfluss organischer und psychosozialer Risiken

		Psychosoziales Risiko						
		ohne			mittel			hoch
Organisches Risiko	ohne	2,1	2,1	2,4	74	77	43	
	mittel	2,2	2,4	2,7	45	38	33	
	hoch	2,3	2,6	2,9	54	27	15	
Schulnoten im Alter von 8 Jahren				Besuch des Gymnasiums im Alter von 11 bis 15 Jahren (in v.H. der Kinder)				

Quelle: Mannheimer Risikokinderstudie, ZEW

Foto: www.digitalstock.de

Im Rahmen des Leibniz-Netzwerks „Nicht-kognitive Fähigkeiten: Erwerb und ökonomische Konsequenzen“ untersuchen Bildungsforscher des ZEW in Kooperation mit Neuropsychologen des Kindes- und Jugendalters des Zentralinstituts für seelische Gesundheit (ZI) in Mannheim die Bedeutung der organischen und psychosozialen Geburtsbedingungen für den schulischen Erfolg (Discussion Paper Nr. 08-100). Datengrundlage der Untersuchung ist die Mannheimer Risikokinderstudie, die die Entwicklung einer Kohorte von 384 Kindern der Jahrgänge 1986-1988 seit der Geburt begleitet. Die Untersuchung begann 1986 und umfasst erstgeborene Kinder in der Rhein-Neckar-Region. Sie wurden bei der Geburt nach der Schwere organischer und psychosozialer Risiken ausgewählt. Zu den organischen Risiken zählen unter anderem Geburts-

komplifikationen, Frühgeburten und ein sehr niedriges Geburtsgewicht. Als psychosoziale Risiken gelten beispielsweise eine sehr frühe Elternschaft (Alter der Eltern zum Zeitpunkt der Geburt unter 18 Jahren oder Dauer der Beziehung bei der Empfängnis unter sechs Monaten), mangelnde Bildung der Eltern sowie erhebliche Probleme in der Beziehung der Eltern.

Die Ergebnisse der Untersuchung verdeutlichen, dass die Bedingungen bei der Geburt in hohem Maße den Schulerfolg beeinflussen. Während 74 Prozent der Kinder, die ohne organische und psychosoziale Risiken bei der Geburt aufwachsen, ein Gymnasium besuchen, trifft das nur für 15 Prozent der Kinder zu, die mit beiden Risiken aufwachsen. Bei den Schulnoten in der Grundschule im Alter von acht Jahren haben die Wissenschaftler Unterschiede

bis zu einer ganzen Note gefunden (siehe Abbildung). Es zeigt sich, dass die psychosozialen Risiken für schlechtere Schulnoten verantwortlich sind als die organischen.

Neue Bildungsarchitektur

Neben der familiären und gesundheitlichen Situation, in die ein Kind hineingeboren wird, spielt für die Bildungschancen des Kindes die Qualität der elterlichen Fürsorge im Vorschulalter eine gestaltende Rolle. Denn im Vorschulalter werden grundlegende kognitive Kompetenzen, etwa die Gedächtnisleistung oder das logische Denken ausgebildet. Die Entwicklung dieser Fähigkeiten wird von der Qualität der elterlichen Fürsorge begünstigt. Es macht für die kindliche Entwicklung einen Unterschied, ob im Elternhaus ein ausgewogenes Maß an emotionaler Fürsorge vorherrscht oder nicht. Im Schulalter hat eine niedrige Qualität der elterlichen Fürsorge für das Kind zudem eine Abnahme der nicht-kognitiven Fähigkeiten zur Folge. Diesen Kindern fällt es vielfach schwerer, ihre Ziele zu verfolgen, sich nicht ablenken zu lassen und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Dies erschwert unter anderem die Bildungskarriere.

Die Ergebnisse der modernen Humankapitalforschung legen nahe, dass die Architektur des Bildungssystems in Deutschland eine neue Statik benötigt. Versäumnisse beim Aufbau der grundlegenden kognitiven und nicht-kognitiven Fähigkeiten in der frühen Kindheit können später vielfach nur mit einem erheblichen Aufwand korrigiert werden. Deshalb sollten die öffentlichen Bildungsanstrengungen für benachteiligte Kinder früher als bisher ansetzen.

Dorothea Blomeyer, ZI
Katja Coneus, ZEW
Prof. Dr. Manfred Laucht, ZI
PD Dr. Friedrich Pfeiffer, ZEW, pfeiffer@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Internationale Mobilität von Forschern ist für Heimat- und Gastland profitabel

Begünstigen Forschungsaufenthalte von Wissenschaftlern im Ausland den Abfluss von technologischem Know-how ins jeweilige Gastland? Oder steigern sie eher den Wissensgewinn für das Ursprungsland des Wissenschaftlers? Darüber wird in Politik und Öffentlichkeit lebhaft gestritten. Eine kürzlich erschienene Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) untersucht, welche Rolle die internationale Mobilität von Wissenschaftlern für den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen im Ursprungsbeziehungsweise im Gastland spielt.



Bleiben ausländische Wissenschaftler länger in Deutschland, können die hiesigen Unternehmen stärker vom mitgebrachten Know-how des Forschers profitieren.

Die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 08-082) stützt sich auf eine umfangreiche Befragung des wissenschaftlichen Personals an 113 deutschen Universitäten und 231 außeruniversitären Forschungsinstituten. Alle Befragten forschen ausschließlich auf Gebieten, die für die Weitergabe von technischem Wissen, also von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen, geeignet sind. Es handelt sich beispielsweise um Umwelt- und Agrarwissenschaften, Chemie, Medizin oder Ingenieurwissenschaften.

In einem ersten Schritt wertet die Studie aus, wie häufig und wie lange die befragten Wissenschaftler im Ausland forschen. Drei charakteristische Gruppen werden dabei identifiziert. Eine erste Gruppe umfasst Personen, die häufig und jeweils über kürzere Zeiträume im Ausland forschen. Kürzer bedeutet, dass der Aufenthalt mindestens

einen Monat, aber weniger als ein Jahr dauert. Daneben gibt es Personen, die nur wenige Aufenthalte einlegen, die aber von langer Dauer sind. Das heißt mindestens zwölf Monate oder länger dauern. In einer dritten Gruppe finden sich Personen, die eher national orientiert sind und kaum im Ausland forschen. Dabei macht letztere Gruppe nur einen Anteil von etwa 11 Prozent der befragten Wissenschaftler aus, während die beiden anderen Gruppen annähernd gleich groß sind.

Lange Aufenthalte fördern Wissensfluss ins Gastland

In einem zweiten Schritt werden die Einflussfaktoren bestimmt, die dazu führen, dass sich die befragten deutschen Wissenschaftler an einem Technologietransfer nach Deutschland oder ins Ausland beteiligen. Die Ergebnisse

zeigen, dass häufige, aber kürzere Auslandsaufenthalte eher zu einem Wissenstransfer nach Deutschland führen. Demgegenüber ziehen weniger häufige, aber dafür zeitlich intensivere Auslandsaufenthalte eher einen Wissenstransfer von Deutschland ins Ausland nach sich. Dies liegt vor allem daran, dass der Gastwissenschaftler bei längeren Auslandsaufenthalten stärker in die andere Forschungslandschaft eingebettet ist und somit die Gastgeber einfacher an seinem Wissen partizipieren können. Dies ist bei kürzeren Aufenthalten nicht der Fall.

Technologietransfer läuft in beide Richtungen

Die Ergebnisse zeigen allerdings auch, dass die Angst, internationale Mobilität führe zwangsläufig zu einem Nettoverlust von Wissen im Heimatland, unbegründet ist. So gaben 60 Prozent der Wissenschaftler, die aufgrund eines Auslandsaufenthalts Wissen ins Ausland transferiert haben, an, im Gastland erworbenes Wissen nach Deutschland mitgebracht zu haben. Der Technologietransfer zwischen Ursprungsland und Gastland funktioniert also überwiegend in beide Richtungen.

Aus deutscher Perspektive legen die Ergebnisse den Schluss nahe, dass positive Effekte für Kooperationen mit Unternehmen und damit verbundene Wissens- und Technologietransfers durchaus von häufigen, aber kurzen Forschungsaufenthalten deutscher Wissenschaftler im Ausland zu erwarten sind. Umgekehrt scheint es sinnvoll, ausländische Wissenschaftler zu längeren Aufenthalten in Deutschland zu motivieren, um sie gut in die deutsche Forschungslandschaft zu integrieren und die Chancen für Kooperationen mit Unternehmen zu erhöhen.

Dr. Christoph Grimpe, grimpe@zew.de

Nachgefragt: Folgen der Finanzkrise für den deutschen Arbeitsmarkt

Die Hartz-Reformen müssen weiter entwickelt werden

Die Finanzkrise weitet sich zu einer Wirtschaftskrise aus. Mit der Automobil- und Zulieferindustrie drosselt eine der deutschen Schlüsselindustrien ihre Produktion. Der Stahl- und Bauindustrie brechen die Aufträge weg und auch in anderen Branchen ist der Abschwung angekommen. Damit droht der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu einem abrupten Ende zu kommen. Dr. Holger Bonin, Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW, spricht über die Folgen der Wirtschaftskrise für den deutschen Arbeitsmarkt. Er nimmt Stellung zu verschiedenen Möglichkeiten, dem Beschäftigungsabbau entgegenzuwirken.

Die Arbeitslosenstatistik der Agentur für Arbeit sieht mit 3,48 Millionen Arbeitslosen im Januar 2009 nicht mehr so gut aus. Wird der drohende Wirtschaftsabschwung die Arbeitslosenzahlen wieder auf frühere Höhen steigen lassen?

Bonin: Dass die Arbeitslosigkeit 2009 spätestens in der zweiten Jahreshälfte kräftig steigen wird, scheint angesichts der konjunkturellen Schockwellen, die die Finanzkrise ausgelöst hat, unausweichlich. Allerdings kann niemand heute verlässlich sagen, wie tief die Krise noch wird, und vor allem, wie lange sie dauern wird. In der schlechten Stimmung bei den deutschen Unternehmen steckt derzeit auch eine ganze Menge Verunsicherung darüber, wie es an den Finanzmärkten weiter geht. Man sollte auf jeden Fall nicht vergessen, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland beim Ausbruch der Krise in einer hervorragenden Verfassung war. Die Arbeitslosigkeit war im letzten Jahr so niedrig wie seit fast 20 Jahren nicht.

Welche Segmente des deutschen Arbeitsmarkts sind besonders bedroht?

Bonin: Die internationale Finanzkrise hat die deutschen Ausfuhren dramatisch einbrechen lassen. Besonders bedroht ist also das Personal in den exportstarken Unternehmen. Dies sind häufig spezialisierte Mittelständler im Hochtechnologie-segment. Daher be-

trifft die Krise Fachkräfte in besonderem Maße. Das Schlagwort vom Ingenieurmangel dürften wir in Zukunft seltener hören. Darüber hinaus sind natürlich die Beschäftigten der unmittelbaren Auslöser der Krise, also der Banken, betroffen. Auch in der Automobilbranche ist in nächster Zeit mit einem Arbeitsplatzabbau zu rechnen. Dies ist allerdings Ausdruck einer Nachfrageschwäche, die sich schon länger abzeichnete. Sie wird nun durch die Finanzkrise verstärkt.

Die Hartz-Reformen der letzten Jahre haben durch verschiedene Maßnahmen wie etwa die Förderung der Zeitarbeit den Arbeitsmarkt flexibler macht. Das heißt, Unternehmen können in prosperierenden Phasen schneller Arbeitskräfte einstellen, diese aber auch in schlechten Zeiten schneller kündigen. Wird diese Flexibilisierung vielen Menschen in der jetzigen Situation zum Verhängnis?

Bonin: Von Verhängnis sollte man nicht sprechen. Die Flexibilisierung am deutschen Arbeitsmarkt hat überhaupt erst dafür gesorgt, dass so viele Menschen beschäftigt sind wie lange nicht. Dass es vielen besser geht, zeigt nicht zuletzt der private Konsum, der trotz Finanzkrise in Deutschland nach wie vor stabil läuft. Das ist ein Erfolg der Flexibilisierung. Der andere Erfolg der Flexibilisierung ist, dass die Menschen, die heute aus konjunkturellen Gründen ar-



beitslos werden, die Aussicht haben, eine neue Beschäftigung schneller zu finden als früher. Seit den Reformen hat sich die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit nahezu halbiert.

Der französische Staatspräsident hat ein staatlich gefördertes Beschäftigungsprogramm für sein Land angekündigt, das darauf abzielt, die öffentlich bezuschussten Stellen aufzustoßen. Hierzulande wird das Kurzarbeitergeld in Zukunft länger ausbezahlt. Sind solche Maßnahmen zielführend, wenn es darum geht, dem Beschäftigungsabbau in großem Stil entgegenzuwirken?

Bonin: Von staatlichen Beschäftigungsprogrammen halte ich nichts. Egal wie man es macht, Lohnsubventionen bergen immer die Gefahr von Mitnahmeeffekten. Der Gewinn an Beschäftigung steht deshalb in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten. Auch bei der Verlängerung des Kurzarbeitergelds bin ich skeptisch. Diese Leistung macht Sinn, um kurzfristige Auslastungsschwankungen in den Unternehmen zu überbrücken. Wir wollen kein „Hire and Fire“. Wenn man

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE



Foto: ZEW

Dr. Holger Bonin, Jahrgang 1968, promovierte nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre im Jahr 2000 an der Universität Freiburg. Nach Tätigkeiten am Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist Bonin seit dem Jahr 2007 Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW. Bonin untersucht unter anderem die Beschäftigungsprobleme von Geringqualifizierten, die Flexibilität von Löhnen, die ökonomischen Folgen von gesellschaftlicher Alterung und Migration sowie die Risikobereitschaft von Arbeitnehmern. Er ist Mitglied des Bevölkerungswissenschaftlichen Ausschusses im Verein für Socialpolitik.

aber das Kurzarbeitergeld zu lange zahlt, verschleiert es letztlich nur die Arbeitslosigkeit. Wenn der Staat in der aktuellen Situation Beschäftigung fördern will, sollte er dies mit gezielten Investitionen in Bildung und Infrastruktur tun. Diese entzünden nicht einfach ein konjunkturelles Strohfeuer, sondern sie bringen Deutschland nachhaltig auf einen höheren Wachstumspfad.

Verschiedentlich wird die These aufgestellt, dass durch die Arbeitsmarktreformen die Beschäftigungsschwelle hierzulande abgesenkt worden sei. Ent stehen hierzulande tatsächlich neue

Stellen bei einem deutlich geringeren Wirtschaftswachstum als früher?

Bonin: Es ist etwas zu früh, um dies empirisch abschließend zu beurteilen. Das ZEW hat aber vor Kurzem in einer Studie die so genannte NAIRU, also die inflationsstabile Arbeitslosenquote, als Maß für die Beschäftigungsschwelle geschätzt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Beschäftigungsschwelle in den vergangenen drei Jahren beträchtlich gesunken ist. Wegen der zeitlichen Übereinstimmung liegt es nahe, diesen Erfolg den Arbeitsmarktreformen zuzuschreiben.

Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wären angesichts der aktuellen Krise sinnvoll, um die Beschäftigungssituation in Deutschland auf stabilem Niveau zu halten?

Bonin: Es kann nicht gelingen, im konjunkturellen Abschwung einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Das Schlimmste, was die Politik in dieser Situation tun kann, ist, den Arbeitsmarkt wieder stärker zu regulieren, auch wenn dies momentan populär ist. Sinnvoller wäre es, die Hartz IV-Reform der letzten Jahre weiter zu entwickeln. Eine eben erschienene ZEW-Studie zeigt zum Beispiel, dass die nicht verfassungskonformen ARGEn – also gemeinsame Einrichtungen der örtlichen Agenturen für Arbeit und der Kommunen – bessere Vermittlungserfolge erzielen, als wenn kommunale Träger allein für die Langzeitarbeitslosen zuständig sind.

Dieselbe Studie zeigt, dass bei der Betreuung und Vermittlung der Hilfeempfänger nach wie vor vieles verbessert werden muss. Mit einer besseren Arbeitsverwaltung würde die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit etwas an Schrecken verlieren.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Klimaschutz gelingt nur gemeinsam mit den Entwicklungsländern

Die Begrenzung der globalen Erwärmung verliert auch in Zeiten der internationalen Wirtschaftskrise nicht an Dringlichkeit. Allerdings sind ökonomische Strategien vor dem Hintergrund einer globalen Rezession gefragter denn je, um eine nennenswerte Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen zu erreichen. Bei der Gestaltung einer ökonomischen Klimapolitik kommt Schwellen- und Entwicklungsländern eine Schlüsselrolle zu.

Aus ökologischer und ökonomischer Sicht muss die Klimapolitik dem Kriterium der Kosteneffizienz folgen. Das heißt, Klimaschutzziele müssen mit möglichst geringen Kosten erreicht werden. Für die Industrieländer bedeutet dies zum einen eine ökonomische Umsetzung von Zielen im Inland, zum anderen eine umfassende Einbindung der

Schwellen- und Entwicklungsländer. Kosteneffizienz in der Klimapolitik ist jedoch Mangelware. Zwar wurde auf europäischer Ebene im Jahr 2005 mit dem EU-Emissionshandelssystem ein markt-basiertes Instrument der Klimapolitik eingeführt, dass den betroffenen Wirtschaftsakteuren einen einheitlichen Preis für CO₂ signalisiert und somit

Emissionen genau dort reduziert, wo dies am günstigsten ist. Zentrale Branchen der europäischen Volkswirtschaften sind jedoch vom Emissionshandel ausgeschlossen. Mehr noch: das Bundesumweltministerium sieht in seinem Strategiepapier zur ökologischen Industriepolitik gar das Ordnungsrecht vor einer Renaissance. Standards – etwa zur Erhöhung der Energieeffizienz – widersprechen jedoch grundsätzlich dem Kriterium der Kosteneffizienz.

Ist also die internationale Kooperation mit Schwellen- und Entwicklungsländern die Lösung des Klimaschutzdilemmas? China hat mittlerweile die Ver-

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

einigten Staaten als weltweit größten CO₂-Emittenten abgelöst. Um die ambitionierten Klimaschutzziele des UN-Klimarats zu erreichen, wird ein Alleingang von Industrienationen nicht ausreichen. Doch nicht nur wegen ihres wachsenden Beitrags zum Klimawandel spielen Schwellen- und Entwicklungsländer eine zentrale Rolle – sie sind gleichzeitig der Schlüssel zu einer kosteneffizienten Klimapolitik. Drei Strategien der internationalen Kooperation bieten sich an, um sie durch finanzielle Transfers aus den Industrieländern ins Boot zu holen: eine Weiterentwicklung des Clean Development Mechanism (CDM), der Schutz der tropischen Regenwälder und globale Sektorabkommen auf Branchenebene.

Entwicklungsländer sind Schlüssel zur Kosteneffizienz

Das Kioto-Protokoll ermöglicht Industrienationen durch den CDM, Investitionen in „saubere“ Technologien in Entwicklungsländern vorzunehmen und sich die entsprechenden Emissionsminderungen gutschreiben zu lassen. Die CDM-Investitionen sind oftmals günstiger als die Klimaschutzanstrengungen in Industrieländern, wo der Stand der Technik bereits weiter fortgeschritten ist. Gleichzeitig sollen den Entwicklungsländern durch Technologie- und Wissenstransfer umweltfreundliche Wachstumschancen eröffnet werden. Allerdings hat bisher der Technologietransfer im CDM nicht in dem Maße wie erhofft stattgefunden. Milliarden wurden in ökologisch fragwürdige Projekte investiert, die ohnehin durchgeführt worden wären und keine zusätzlichen CO₂-Reduktionen liefern. Eine Weiterentwicklung des CDM ist deshalb dringend notwendig. Hier bieten sich zuerst einmal vereinfachte Verwaltungsverfahren, programmatischer CDM und striktere Nachhaltigkeitskriterien zur Einbindung in die jeweilige nationale Politik an.

Eine neuartige Maßnahme des Klimaschutzes betrifft finanzielle Anreize zum Erhalt des Regenwaldes. Das sogenannte „Reducing Emissions from

Deforestation and Degradation“ (REDD) basiert auf der Funktion des Waldes als Kohlenstoffspeicher. Durch Abholzung entweicht der gespeicherte Kohlenstoff in die Erdatmosphäre und trägt zum Klimawandel bei. Entwicklungsländer reduzieren durch die Vermeidung der Entwaldung also Kohlenstoffemissionen und generieren Emissionsrechte, die an Industrieländer verkauft werden können. Da Entwaldung großflächig stattfindet und die durch Schutz des Regenwaldes verlorenen Landnutzungserträge gering sind, verspricht dieser Mechanismus umfangreiche Emissionsreduktionen zu niedrigen Kosten und hohe Finanztransfers an die Entwicklungsländer. Trotz der ökonomischen Attraktivität ist die Umsetzung in tech-

der Emissionen in Entwicklungsländer und zu Verlusten an internationaler Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Branchen führen, solange die ausländische Konkurrenz keiner Emissionsrestriktion unterliegt. Große Hoffnungen werden daher auf Klimaschutzabkommen auf Branchenebene gesetzt. Dabei einigen sich bestimmte Branchen – etwa die Aluminiumindustrie – in den Industrieländern mit den entsprechenden Branchen in den Schwellenländern auf ein bestimmtes Ziel zur CO₂-Reduktion. Durch die Beteiligung der Entwicklungs- und Schwellenländer könnten weltweit deutlich mehr klimaschädliche Treibhausgase eingespart werden als dies durch die unilaterale Klimapolitik der



Längst tragen Entwicklungs- und Schwellenländer maßgeblich zum weltweiten CO₂-Ausstoß bei – wie hier durch die Rush Hour in Bangkok. Sie müssen deshalb für den Klimaschutz gewonnen werden.

nischer und methodischer Hinsicht aufwendig. Kritische Voraussetzungen sind beispielsweise die Messung vermiedener Entwaldung und die Einrichtung zuverlässiger Monitoringsysteme.

Klimaschutzabkommen auf Branchenebene

Sowohl CDM als auch REDD können die Kosten des Klimaschutzes für Industrieländer deutlich senken, sehen aber keine Klimaschutzziele für Schwellen- und Entwicklungsländer vor. Eine unilaterale Klimapolitik der Industrieländer kann jedoch zur Verlagerung

EU bislang der Fall ist. Damit diese sich auf ein solches Geschäft einlassen, müssen handfeste Anreize geboten werden. Denkbar wäre beispielsweise der Transfer von technologischem Know-how. Sektorale Vereinbarungen sind unter dem Aspekt der Kosteneffizienz zwar nur die zweitbeste Lösung. Sie sind aber unter den gegebenen Umständen ein politisch durchsetzbarer und damit realistischer Schritt hin zu einem ambitionierten und ökonomisch tragbaren Klimaschutzabkommen auf globaler Ebene.

Niels Anger, anger@zew.de
Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de

KONFERENZEN

Workshop zur Reform des EU-Haushalts

Am 24. und 25. November 2008 organisierte das ZEW zusammen mit dem EU-CONSENT Exzellenznetzwerk einen Workshop zur Reform des Haushalts der Europäischen Union (EU) mit dem Titel „First Lessons from the Budgetary Review“. Der Workshop widmete sich damit einem aktuellen Thema, da die Europäische Kommission verpflichtet ist, in den Jahren 2008 und 2009 den EU-Haushalt weitreichend zu überprüfen.

Rund 30 Teilnehmer aus Wissenschaft und Politik beleuchteten den derzeitigen Stand der Reformdiskussion über die zukünftige Ausgestaltung des EU-Haushaltssystems. Gerald Schneider von der Universität Konstanz und Stefanie Bailer von der Universität Zürich sowie Joachim Schild von der Universität Trier gaben zunächst einen Überblick über die notwendigen Reformen, die im EU Haushalt vorgenommen werden müssten. Die Referenten waren sich einig, dass es sowohl auf der Einnahme- als auch der Ausgabenseite Reformbedarf gebe. Nicht zuletzt führten nationale Umverteilungsinteressen zu einer Ausgabenstruktur des Haushalts, die den heutigen Herausforderungen der EU nicht mehr gerecht werden könne.

Die Analyse und Diskussion der Erkenntnisse, die eine von der Europäischen Kommission initiierte und kürz-

lich beendete öffentliche Konsultationsphase geliefert hat, bildete einen weiteren Schwerpunkt des Workshops.

Hohe Bereitschaft zur Haushaltsmodernisierung

Pascal Steller, Vertreter der „Generaldirektion Haushalt“ der EU-Kommission, machte in seinem Beitrag deutlich, dass in den Mitgliedstaaten eine große Bereitschaft bestehe, den Haushalt zu modernisieren. Mojmir Mrak von der Universität Ljubljana stellte jedoch heraus, wie sehr die nationalen Vorstellungen, die in der Konsultationsphase geäußert wurden, in Detailfragen voneinander abweichen. Beispielhaft präsentierte Taco Stoppels vom niederländischen Außenministerium die Position seines Landes. Er ließ große Reformbereitschaft durchblicken, widersprach aber deutlich einer quantitativen Ausweitung des EU-Haushalts.

Auch die Frage nach der künftigen Finanzierung der EU wurde diskutiert. Hier gingen die Meinungen stark auseinander. Die vorgestellten Reformkonzepte reichten von vorsichtigen Weiterentwicklungen des Status quo, die auf eine Vereinfachung des heutigen Systems abzielen, bis zu weitgehenden Veränderungen, etwa der Einführung

einer EU-Steuer oder der Einführung einer Art Finanzausgleichssystem.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass der Reform der Ausgabenseite besonders hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Willem Molle von der Universität Rotterdam argumentierte, dass es zu einer Umwidmung der Mittel von distributiv orientierten Ausgaben hin zu europäischen öffentlichen Gütern kommen müsse. Weitere Beiträge zeigten, dass insbesondere eine große Zustimmung zur Fortführung der Strukturpolitik zur Förderung der ärmsten Regionen besteht. Auch hier kamen Verbesserungsmöglichkeiten zur Sprache, um deren Effektivität und Effizienz zu erhöhen.

Demgegenüber wird die Berechtigung einer gemeinsamen Agrarpolitik vielfach in Zweifel gezogen. Hier, so machten verschiedene Beiträge deutlich, sollte die EU auf verzerrende Garantiepreise und auf die direkte Einkommensunterstützung der Landwirte verzichten. EU-Unterstützung sollte es stattdessen für die Bereitstellung von öffentlichen Gütern durch die Landwirtschaft geben, zum Beispiel in der Landschaftspflege.

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter www.eu-consent.net

Steffen Osterloh, osterloh@zew.de

Realloptionen in der Energiewirtschaft

Unter welchen ökonomischen Bedingungen lohnt sich die Projektierung eines Kraftwerksparks? Ab welcher Strom-Gaspreisdifferenz sollte der Betreiber sein Gaskraftwerk hochfahren? Was sind die Schürfrechte für eine Mine wert, wenn der Kohlepreis fällt? Dies sind sehr unterschiedliche Fragen aus der Energiewirtschaft, die die Volkswirtschaft jedoch in einem gemein-

samen Rahmen diskutiert: der Theorie der Realloptionen.

Am 27. und 28. Oktober 2008 veranstaltete der Forschungsbereich „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ des ZEW die Konferenz „Real Options in Energy Economics“, um über die praktischen Anwendungen dieser Theorie in der Energiewirtschaft zu diskutieren. Realloptio-

nen können als das Recht erklärt werden, eine wirtschaftliche Transaktion unter Unsicherheit durchzuführen. Sie sind sie das realwirtschaftliche Gegenstück zu Finanzoptionen, die typischerweise das Recht darstellen, eine Aktie zu einem zukünftigen Zeitpunkt zu einem vorher festgelegten Preis zu kaufen. Eine Realloption hingegen ist beispielsweise das Schürfrecht für eine Mine.

KONFERENZEN

Die traditionelle Investitionstheorie berechnet den Wert des Schürfrechts als die Differenz aus den zu erwartenden Erlösen aus dem Verkauf der Kohle und den erwarteten Entwicklungs- und Betreiberkosten. Jedoch: Herrscht heute grosse Unsicherheit über den Kohlepreis, so kann es sinnvoll sein, die Entwicklung der Mine zu verschieben, ohne die Option darauf aufzugeben. Dies aber, so die Realloptionstheorie, verändert auch den Wert des Schürfrechts.

Wirtschaftliche Entscheidungen unter Unsicherheit

Es sollten nicht einfach Kosten und Einkünfte bei sicherer heutiger Investition verrechnet werden, sondern Kosten und Einkünfte unter einer optimalen Investitionsstrategie, die die Möglichkeit, eine Investition zu verzögern, umfasst. Wesentliche Voraussetzung für das theoretische Konzept der Realop-

tionen ist die Unsicherheit über bestimmte Rahmenbedingungen und die Irreversibilität der Transaktion.

Zu der Konferenz „Real Options in Energy Economics“ konnten Ökonomen unter anderem aus Frankreich, Österreich, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten begrüßt werden. Den Eröffnungsvortrag hielt Lenos Trigeorgis, Leiter der internationalen Real Option Group und Professor an der Universität von Zypern in Nikosia. Er gab einen Überblick über verschiedene Arten von Realoptionen und Unsicherheiten in der Energiewirtschaft, etwa geologische und klimatische Unsicherheit bei der Ölexploration, Nachfrageunsicherheit beim Gashandel und Unsicherheit über Energieträgerpreise bei der Investitionsstrategie eines Elektrizitätsversorgers. Seinen Vortrag illustrierte er durch zahlreiche Beispiele von Beratungsprojekten, in denen die Realloptionstheorie erfolgreich umgesetzt wurde.

Den zweiten Hauptvortrag hielt Franz Wirl von der Universität Wien. Sein Schwerpunkt lag auf den theoretischen Realloptionsmodellen in der Umweltökonomik. So könne etwa eine Verzögerung von Investitionen in die Energieeffizienz durch regulatorische Unsicherheit erklärt werden. Pasquale Scandizzo, ökonomischer Berater der Weltbank und Professor an der Universität Tor Vergata in Rom, erklärte im dritten Hauptvortrag, wie die Realloptionstheorie in der Projektplanung angewendet wird. Er verwies auf Projekte der Weltbank, insbesondere in der Energiewirtschaft in Entwicklungsländern. Bei den weiteren vorgestellten Forschungsergebnissen tat sich ein breites Spektrum auf, das von der Bewertung umweltpolitischer Förderinstrumente bis zu theoretischen Fragen wie der angemessenen Formalisierung von Risikoaversion in Realloptionsmodellen reichte.

Dr. Tim Mennel, mennel@zew.de

ZEW INTERN

Habilitationen und Promotionen am ZEW

Die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dem ZEW ein großes Anliegen. Im vergangenen Jahr wurden eine Habilitation und zahlreiche Promotionen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des ZEW abgeschlossen. Unser Dank geht an die Betreuer der Arbeiten.

Habilitationen seit Januar 2008

Nicole Gürtzgen, „Essays on Collective Bargaining Coverage, Wage Determination and Employment Dynamics in Germany“, Professor Wolfgang Franz, Universität Mannheim.

Promotionen seit Januar 2008

Giulia Colombo, „Linking CGE and Microsimulation Models: Methodological

and Applied Issues“, Professor M. Missaglia, Katholische Universität Mailand.

Anja Heinze, „Determinants of Gender-Specific Wages in Germany: New Evidence from Linked Employer-Employee Data“, Professor Michael Burda, Humboldt-Universität zu Berlin.

Martina Lauk, „Fusionskontrolle in der leitungsgebundenen Energiewirtschaft – Eine empirische Untersuchung für Deutschland“, Professor Horst Entorf, Technische Universität Darmstadt.

Michael Maier, „Three Essays on Semiparametric Econometric Evaluation Methods“, Professor Winfried Pohlmeier, Universität Konstanz.

Georg Metzger, „The Effects of Entrepreneurial Experience on Restart Behavior, the Performance of Restarts, and the Financing of Restarts“, Professor

Michael Fritsch, Universität Jena.

Katrin Schleife, „Empirical Analyses of the Digital Divide in Germany – Age-specific and Regional Aspects“, Professor Horst Entorf, Technische Universität Darmstadt.

Wolfgang Sofka, „Internationalisierungspotenziale von Open-Innovation-Strategien: Chancen und Herausforderungen für das Innovationsmanagement“, Professor Thorsten Teichert, Universität Hamburg.

Margit Vanberg, „Competition and Cooperation among Internet Service Providers – A Network Economic Analysis“, Professor Günter Knieps, Universität Freiburg.

Carsten Wendt, „A Common Tax Base for Multinational Enterprises in the European Union“, Professor Christoph Spengel, Universität Mannheim.

ZEW INTERN

Universität Heidelberg und ZEW vereinbaren gemeinsame Berufung von Juniorprofessoren

Schon seit Jahren arbeiten die Universität Heidelberg und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften eng zusammen. Jetzt haben beide Institutionen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Berufung von Juniorprofessoren unterzeichnet.

Durch diesen Vertrag werde die Zusammenarbeit zwischen dem ZEW und der Universität Heidelberg weiter vertieft und die partnerschaftliche Verbindung beider Institutionen gestärkt, erklärte Prof. Dr. rer. nat. habil Bernhard Eitel, Rektor der Universität Heidelberg. Er zeigt sich davon überzeugt, dass beide Partner langfristig von der jetzt getroffenen Regelung profitieren werden.

Für ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz liegen die Vorteile der gemeinsamen Juniorprofessuren auf der Hand. Das ZEW stärke durch sie

seine ohnehin bereits gute Anbindung an das universitäre Umfeld mit seinen akademischen Qualifikationsmöglichkeiten. Die Universität Heidelberg wiederum runde durch das flexible Instrument der Juniorprofessur ihr Lehrganbot ab und könne, ebenso wie das ZEW, wissenschaftliche Nachwuchstalente besser an sich binden.

Das jetzt vereinbarte Modell einer engeren personellen Verflechtung sieht vor, dass die gemeinsam berufenen Juniorprofessoren nach der Ernennung durch den Rektor der Universität Heidelberg beurlaubt werden und einen Dienstvertrag mit dem ZEW eingehen. Am ZEW arbeiten sie in Forschung, Beratung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit.

Parallel zu ihrer Tätigkeit am ZEW bringen sich die Juniorprofessoren in die Lehre an der Universität Heidelberg ein und nehmen die zugehörigen Prü-

fungen sowie die Betreuung von Doktoranden und Hochschulabschlussarbeiten wahr.

Die Universität Heidelberg und das ZEW kooperieren bereits seit vielen Jahren auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften. Die beiden Einrichtungen verbindet die Arbeit an gemeinsamen Forschungsprojekten ebenso wie die Tatsache, dass viele Studierende der Universität Heidelberg als studentische Hilfskräfte und Praktikanten am ZEW mitarbeiten. Im Jahr 2004 wurde die Zusammenarbeit durch die Berufung von Prof. Dr. Christoph Böhringer, damals Leiter des Forschungsbereichs Umwelt am ZEW, auf eine Professur an der Universität Heidelberg weiter verstärkt. Mit dem jetzt unterzeichneten Vertrag zur gemeinsamen Berufung von Juniorprofessoren werden die Bande zwischen Universität und ZEW noch enger geknüpft.

ZEW-Präsident Wolfgang Franz präsentiert Jahresgutachten 2008/09 des Sachverständigenrats

Im Rahmen der ZEW-Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ stellte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz Ende vergangenen Jahres das Jahresgutachten 2008/09 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Der „Wirtschaftsweise“ referierte im Hause der KfW Bankengruppe in Berlin, der baden-württembergischen Landesvertretung in Brüssel, bei der Baden-Württembergischen Bank in Stuttgart und bei der EnBW in Karlsruhe.

Auszeichnung für Dan Stegarescu

Der Dissertationspreis des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union wurde Ende 2008 an Dr. Dan Stegarescu, der bis Ende 2005 im ZEW-Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ tätig war, verliehen.

Seine Dissertation mit dem Titel „Decentralized Government in an Integrating World – Quantitative Studies for OECD Countries“ entstand zu weiten Teilen am ZEW und wurde von Prof. Robert Schwager von der Universität Göttingen betreut.

Der Dissertationspreis des Ausschusses der Regionen wird jährlich für Doktorarbeiten aus den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ausgeschrieben, die sich mit der Rolle der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union befassen. Dr. Stegarescu arbeitet heute als Ökonom bei der Deutschen Bundesbank im Bereich Öffentliche Finanzen.

ZEW INTERN

ZEW-Wissenschaftler erhalten Preis der Gesellschaft für Energiewissenschaft und Energiepolitik e.V.

Die Gesellschaft für Energiewissenschaft und Energiepolitik e.V. (GEE) zeichnet jährlich eine herausragende Dissertation und eine herausragende Diplom- beziehungsweise Masterarbeit mit dem GEE-Preis des Energieforums Berlin aus. Ende 2008 gingen beide



Preise an Wissenschaftler des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“. Niels Anger erhielt die Auszeichnung für seine Dissertation „Political Economy and Economic Impacts of Climate Policy“. Angers Dissertation untersucht einerseits die Rolle von Interessengruppen für die Ausgestaltung marktbasierter Klimaschutzinstrumente und analysiert darüber hinaus die ökonomischen Auswirkungen der Klimapolitik.

Auch die Masterarbeit von Nikolas Wölfling wurde mit dem GEE-Preis ausgezeichnet. Vor dem Hintergrund, dass Strompreise an der Leipziger Strombörse von 2005 bis 2007 stärker auf

Preissteigerungen am CO₂-Markt reagiert haben als auf Preisrückgänge, entwickelte Wölfling ein theoretisches



Modell, mit dessen Hilfe diese Asymmetrie als koordiniertes Verhalten der Akteure interpretiert werden kann.

ZEW stellt Forschungsnetzwerk bei Leibniz Gemeinschaft vor

Das ZEW wurde von der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz eingeladen, das Paktprojekt „Nicht-kognitive Fähigkeiten: Erwerb und ökonomische Konsequenzen“ im Rahmen der Veranstaltung „Exzellenz durch Vernetzung – Kooperationsprojekte der deutschen Wissenschaftsorganisationen mit Hochschulen im Pakt für Forschung und Innovation“ vorzustellen. An der Tagung, die Ende November 2008 in Berlin stattfand, nahmen Vertreter aller Wissenschaftsorganisationen sowie Parlamentarier teil.

Sie diente dazu, die Erfolge des Pakts für Forschung und Innovation und der im Wettbewerbsverfahren verteilten Forschungsgelder sichtbar zu machen. Das vom ZEW koordinierte Forschungsnetzwerk „Nicht-kognitive Fähigkeiten: Erwerb und ökonomische Konsequenzen“ wurde ausgewählt, weil es die internationale und disziplinenübergreifende Vernetzung mit Hochschulen stärkt. Das Netzwerk wurde gemeinsam mit dem Zentrum zur Erforschung von Intentionen und Intentionalität der Universität Konstanz vorgestellt.

EXPERTENSEMINARE

- 10.03.2009 Verrechnungspreise
- 11.03.2009 Digitale Literatur und Urheberrecht
- 11.03.2009 Econometrics in Action – Introduction to Econometrics, Brüssel
- 12.03.2009 Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Europäischen Union – Institutionen, Entscheidungsprozesse und aktuelle Trends
- 13.03.2009 Unternehmensbewertung – Methoden und Anwendungen (Grundlagenseminar)
- 17.03.2009 Global Challenge – Strategische Unternehmenssimulation
- 24.03.2009 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm
Basistechniken I – Regressionsanalyse, Zürich

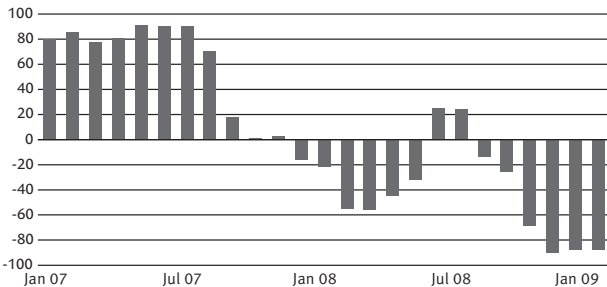
ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

- Nr. 09-002, Wolfgang Sofka, Edlira Shehu: Host Country Contingencies on Knowledge Protection Strategies of Multinational Firms – Bring a Knife to a Gunfight?
- Nr. 09-001, Niels Anger, Alistair Dixon, Erich Livengood: Interactions of Reduced Deforestation and the Carbon Market: The Role of Market Regulations and Future Commitments.
- Nr. 08-128, Lars Feld, Jost Henrich Heckemeyer: FDI and Taxation – A Meta-Study.
- Nr. 08-127, Daniel Cerquera: ICT, Consulting and Innovative Capabilities.
- Nr. 08-126, Daniel Cerquera, Gordon Jochem Klein: Endogenous Firm Heterogeneity, ICT and R&D Incentives.
- Nr. 08-125, Roman Inderst, Martin Peitz: Selling Service Plans to Differentially Informed Customers.
- Nr. 08-124, Christina Elschner, Christof Ernst: The Impact of R&D Tax Incentives on R&D Costs and Income Tax Burden.
- Nr. 08-123, Sarah Borgloh: What Drives Giving in Extensive Welfare States? The Case of Germany.
- Nr. 08-122, Patrick Beschorner: Liberalization of the Postal Service Market in Europe: Entry with Universal Service and Partial Coverage.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Januar 2009

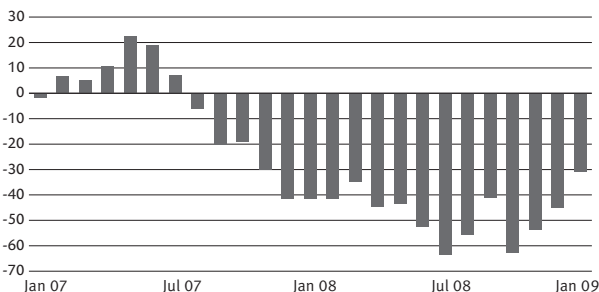


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zentralbank auf Zinssenkungskurs

Die EZB hat die Zinsen im Januar auf 2,0 Prozent reduziert. Damit reagiert sie auf den nachlassenden Preisdruck in der Eurozone. Die Preisrisiken dürften sich auch in Zukunft durch die Konjunkturabschwächung weiter zurückbilden. Wegen der schwächeren gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wird es den Unternehmen schwerer fallen, mögliche Preissteigerungen an die Konsumenten weiterzugeben. Vor diesem Hintergrund erwartet eine deutliche Mehrheit von 90 Prozent der im Finanzmarkttest befragten Experten weitere Zinssenkungen.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



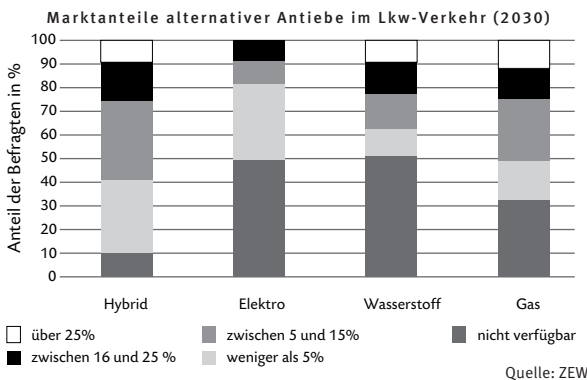
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Zuversicht nimmt zu

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich im Januar zum dritten Mal in Folge verbessert. Sie liegen nun bei -30,8 Punkten. Allerdings wird die aktuelle konjunkturelle Lage schlechter bewertet. Der entsprechende Indikator ist mit -84,7 Punkten so niedrig wie noch nie seit der Gründung des Euroraums. Die Experten erwarten ab Mitte des Jahres erste Anzeichen für eine Aufhellung relativ zum aktuellen Konjunkturreinbruch. Die Konjunkturpakete der Regierungen weltweit und die Zinssenkungen der EZB dürften dies fördern.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Alternative Antriebe auch im Lkw-Verkehr vorstellbar?

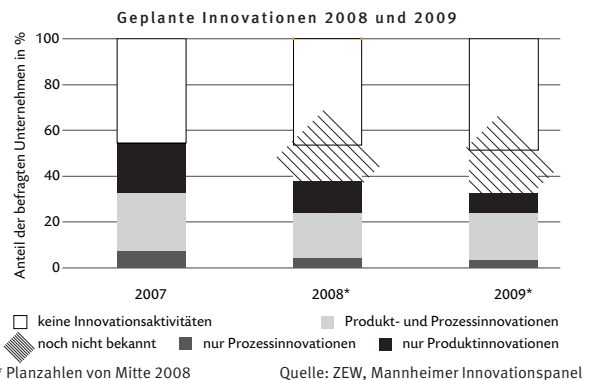


Quelle: ZEW

Alternative Antriebstechnologien spielen im Pkw-Verkehr zunehmend eine Rolle. Beim Lkw-Verkehr werden sie kaum diskutiert. Im Rahmen des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW wurden deshalb Experten aus verladender Industrie und Transportwirtschaft nach den Marktpotenzialen alternativer Antriebstechnologien für Lkw gefragt. Es zeigt sich eine große Skepsis. Lediglich dem Hybridantrieb wird ein gewisses Potenzial zugesprochen. 89 Prozent der Befragten erwarten, dass diese Technologie bis zum Jahr 2030 verfügbar sein wird; ein Viertel sieht einen Marktanteil von über 15 Prozent.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Ernährungs- und Tabakgewerbe: Weniger innovativ tätige Unternehmen



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

In der Nahrungsmittel- und Tabakindustrie planen Mitte 2008 deutlich weniger Unternehmen Innovationsaktivitäten. Nach 54 Prozent im Jahr 2007 waren sich für 2008 nur mehr 38 Prozent sicher, in die Einführung neuer Produkte und Prozesse zu investieren, 16 Prozent waren sich noch unsicher. Für 2009 sinkt der Anteil der sicher innovativ tätigen auf 32 Prozent, der der unsicheren steigt auf 19 Prozent. Besonders stark fällt der Anteil der Unternehmen, die ausschließlich auf Produktinnovationen setzen. Die schlechten Wirtschaftsaussichten für Deutschland schlagen somit voll auf diese Konsumgüterbranche durch.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Bad Bank

Die Stabilisierung des Bankensektors ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Der Flächenbrand ist zwar eingedämmt, aber es scheint ein Schwelbrand entstanden zu sein. Dem muss der Staat nun – wenngleich zäh-

neknirschend – mit neuen Maßnahmen begegnen. Aktuell geht es darum, die Bankbilanzen von „toxischen Wertpapieren“ zu entsorgen. Denn deren Wertberichtigungen nehmen immer gravierendere Ausmaße an, in deren Folge ständige Erhöhungen des Eigenkapitals erforderlich werden. Es droht eine diesbezügliche Abwärtsspirale, die es zu verhindern gilt.

Als Lösung dieses Problems bieten sich im Wesentlichen zwei Modelle an. Das erste besteht aus der Einrichtung einer „Bad Bank“. Hinter diesem Begriff verbirgt sich die Einrichtung einer Institution etwa in Gestalt eines Sicherungsfonds, der den Banken in irgendeiner Form die vergifteten Wertpapiere abnimmt. Dabei ergeben sich eine Reihe von Fragen. Welche Wertpapiere dürfen von den Banken als „toxisch“ deklariert werden - lediglich die Hypothekenkredite aus den Vereinigten Staaten und entsprechende Derivate oder zudem griechische Staatsanleihen? Sie sind derzeit bereits mit einem kräftigen Risikoaufschlag versehen. Kann überhaupt der Preis dieser vergifteten Wertpapiere bei Übertragung an die Bad Bank ermittelt werden und falls – wie allgemein zu hören ist – dies nicht möglich ist, wie kann verhindert werden, dass die Banken überhöhte Preise für diese Wertpapiere angeben und den Erwerber damit über den Tisch ziehen? Und schließlich geht es um Verteilungsaspekte. Welche Last haben die Eigentümer der Banken zu tragen? Kommen beispielsweise die Aktionäre ungeschoren davon oder büßen sie durch erhebliche Kursverluste in ihrem Besitz befindlicher Bankaktien?

Das zweite Modell stellt eine radikale, aber ökonomisch gesehen nicht von vornherein unsinnige Lösung dar, wie sie unter anderen der letztjährige Nobelpreisträger Paul Krugmann vertritt. Danach werden die in Frage kommenden Banken temporär unter staatliche Obhut gestellt, wieder funktionstüchtig gemacht und anschließend an private Investoren verkauft. Natürlich sollte der Staat die Erneuerung der Bank

nicht selbst unternehmen, sondern sich einschlägig ausgewiesener Fachleute bedienen. Verstaatlichung heißt, dass die Aktionäre der betreffenden Bank zunächst einmal einen Wertverlust ihrer Aktien hinnehmen müssen, der sich aber später abmildern kann, falls der Staat beim Verkauf einen Gewinn macht und diesen (teilweise) an die Aktionäre verteilt.

Der Vorteil dieses Modells liegt auf der Hand, nämlich dass die Bewertungsproblematik der vergifteten Wertpapiere entfällt. Allerdings stellt die Verstaatlichung von Banken für jeden Marktwirtschaftler eine Horrorvision dar. Lediglich Alt-68er sähen vielleicht realisiert, was sie selbst in ihren kühnsten Träumen nicht für möglich gehalten hätten.

Daher kann eine Zwischenlösung ins Blickfeld genommen werden, nämlich eine „Bad Bank light“. Sie schützt die Banken vor immer neuen Wertberichtigungen, ohne den Steuerzahlern sämtliche Verluste aufzubürden. Der Staat übernimmt die vergifteten Wertpapiere und gibt den Banken dafür „Ausgleichsforderungen“ anstelle von Liquidität. Dieser Ausgleichsforderungen hat man sich bereits bei der Finanzierung der Wiedervereinigung bedient. Bei Fälligkeit der vergifteten Wertpapiere müsste der Staat zwar für den Wertverlust einstehen. Jedoch könnte er über einen längeren Zeitraum von den Banken Gebühren oder einen Teil ihrer späteren Gewinne als Kompensation erhalten, etwa mit Hilfe des in der Privatwirtschaft bekannten „Besserungsscheins“, bei dem ein Forderungsverzicht unter der auflösenden Bedingung der Besserung der wirtschaftlichen Situation des Schuldners vereinbart wird. Diese Besserungsscheine werden unter bestimmten Voraussetzungen nicht bilanziert, belasten mithin die Bankbilanz nicht. Für jedes Institut könnte eine solche „Bad Bank light“ individuell angelegt werden. Da die Banken später dafür zur Kasse gebeten werden, verringert sich damit der Anreiz, überhöhte Werte ihrer vergifteten Wertpapiere anzusetzen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (Kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Kathrin Böhrer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009